

MAcHtMUT

AKTUELLES AUS
DUISBURG & BERLIN



Nr. 16 – August 2019

MAHMUT ÖZDEMİR

IHR
BUNDESTAGSABGEORDNETER



■ **Grußwort des Herausgebers**

Seite 2

■ **EU im Wandel**

Seite 4

■ **Den Konflikt mit dem Iran politisch und diplomatisch lösen**

Seite 5

■ **Neu im Büro**

Seite 7

■ **Meine Zeit im Deutschen Bundestag**

Seite 9

■ **Mein Praktikum im Wahlkreisbüro**

Seite 10

■ **Übersicht: Treffen mit Interessenvertretern**

Seite 11

■ **Namentliche Abstimmungen**

Seite 12

■ **Pressemitteilungen**

Seite 14

■ **Özdemir On Tour**

Seite 19

Impressum

■ **V.i.S.d.P.**

Mahmut Özdemir MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. : 030 / 227 73819

mahmut.oezdemir@bundestag.de

www.oezdemir-fuer-duisburg.de



Mahmut Özdemir MdB zum Tag der Nachbarn bei EDEKA in Baerl



Liebe Leserinnen und Leser,

nach ereignisreichen politischen Wochen befinden wir uns auf der Zielgeraden der Sommerpause im Deutschen Bundestag. Deswegen möchte ich die Möglichkeit nutzen, auf die erste Jahreshälfte zurückzublicken und gleichzeitig den Blick nach vorn zu richten.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in den letzten Monaten viele sozialdemokratische Herzensangelegenheiten durchsetzen können. So wurde dank unseres Einsatzes das Starke-Familien-Gesetz verabschiedet, das einkommensschwachen Familien und Alleinerziehenden mehr Unterstützung zusichert, um für alle Kinder gleiche Chancen bei ihrem Einstieg ins Leben zu schaffen. Der Geldbeutel der Eltern darf schließlich nicht über die Zukunft des Nachwuchses entscheiden. Das ist ein ursozialdemokratisches Anliegen.

Mit einer Reform des Wohngeldes will die Koalition zudem Haushalte mit geringem Einkommen entlasten. Deswegen wird zukünftig das Wohngeld erhöht und der Kreis von Anspruchsberechtigten erweitert. Zudem wird das Wohngeld mit dem geplanten Gesetz erstmals automatisch alle zwei Jahre an die Miet- und Einkommensentwicklung angepasst. Das ist ein gutes Zeichen an alle Mieterinnen und Mieter mit geringem Einkommen. Wohnen ist ein

Grundrecht und muss für alle bezahlbar bleiben.

Im Hinblick auf Chancengleichheit ist auch der Digitalpakt 2020 zu nennen: Das Kooperationsverbot in der Bildungspolitik wurde zugunsten der Schülerinnen und Schüler aufgehoben, damit in allen Bundesländern zukünftig gleiche Chancen herrschen und das digitale Zeitalter auch im Schulalltag einkehrt. Das ist ein wichtiges Zeichen zukunftsgerichteter Bildungspolitik. Nun gilt es dran zu bleiben und unsere Schülerinnen und Schüler, aber auch alle Lehrkräfte entsprechend auf das Leben im digitalen Zeitalter vorzubereiten.

Ein weiteres wichtiges Thema in der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause war die Mindestausbildungsvergütung. Auszubildende sollen künftig, auch wenn der Betrieb nicht tarifgebunden ist, durch einen eingeführten Mindestlohn angemessen bezahlt werden. Denn auch sie leisten ordentliche Arbeit in ihren Betrieben und sollten dementsprechend entlohnt werden. Dafür hat sich die SPD stark gemacht. Aber auch die Studierenden haben wir nicht aus den Augen verloren: Die Reform des Bundesausbildungsförderungsgesetz sorgt auch unter ihnen für mehr Chancengleichheit. Hierbei wird unter anderem der Wohnzuschlag und der Kranken- und Pflegeversicherungszuschlag erhöht.

Ein Beschluss über den ich mich ganz besonders freue: Nach über 20 Jahren des unermüdlischen Einsatzes für eine klare Asyl-, Zuwanderungs- und Arbeitsmarktpolitik wurde auf unser Wirken endlich ein modernes Fachkräfteeinwanderungsgesetz beschlossen. Mit diesem wird Fachkräften aus dem außereuropäischen Ausland der Zugang zu unserem Arbeitsmarkt erleichtert. Das ist wichtig, da unsere Wirtschaft auf die Einwanderung qualifizierter ausländischer Fachkräfte angewiesen ist, aber auch dafür sorgt, dass hier lebende Ausländer zügig ihren Lebensunterhalt selber bestreiten. So beziffert der Deutsche Industrie- und Handelskammertag die unbesetzten Stellen auf derzeit ca. 1,6 Millionen, welche nicht nur den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands, sondern auch unsere soziale Sicherheit gefährden. Mittels nachvollziehbarer Regeln soll die für uns gewinnbringende Einwanderung nach Bedarf gesteuert werden: So können Fachkräfte nicht nur gezielt aufgrund entsprechender Bedarfe (z. B. im Handwerk) angeworben, sondern auch die Akzeptanz für die Zuwanderung von Fachkräften in der Bevölkerung gesteigert werden.

Mit dem verabschiedeten Gesamtpaket zur Migration und Integration ist uns außerdem gelungen, die richtige Balance zwi-



Nr. 16 – August 2019

MEINE MACHtMUT



schen Humanität und Realismus, Idealismus und Pragmatismus, Chancengeben und klaren Regeln zu finden. Bei den Gesetzesvorhaben konnten wir echte Verbesserungen erreichen und wichtige Erfolge erzielen. Die SPD-Bundestagsfraktion steht ohne Zweifel zu den Menschen, die für absehbare Zeit bei uns sind und sich integrieren wollen. Wer aber kein Bleiberecht hat, über seine Herkunft täuscht oder Straftaten begeht, muss Deutschland wieder verlassen.

Optimistisch gucken wir zudem in die Zukunft. Es sind spannende Zeiten für die SPD. Wir befinden uns gerade mitten im Auswahlprozess einer neuen Parteiführung. Ab September starten bundesweite Mitgliederforen, bei denen sich die Kandidatinnen und Kandidaten für den Parteivorsitz bei allen interessierten Mitgliedern vorstellen. Ich bin zuversichtlich, dass dieses Vorgehen in Verbindung mit dem anschließenden Mitgliederentscheid wichtige Aufmerksamkeit für die deutsche Sozialdemokratie mit sich bringt. Dennoch ist es wichtig, dass wir uns nicht nur mit uns selbst beschäftigen. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu recht von uns, dass wir eine zupackende und innovative Politik gestalten, die Deutschland zukunftsfest macht. Aus diesem Grund dringen wir weiter darauf,

das Klimaschutzgesetz von Umweltministerin Svenja Schulze zu verabschieden. Das ist bisher am Widerstand der CDU/CSU gescheitert. Wir brauchen klare Festlegungen darüber, wer welchen Beitrag zum Klimaschutz leistet. Das sind wir kommenden Generationen schuldig. Außerdem wird diesen Herbst das von Arbeitsminister Hubertus Heil eingebrachte Gesetz für einen bundesweiten Tarifvertrag für die gesamte Pflegebranche in Kraft treten. Wir wollen bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege durch mehr Personal und eine bessere Bezahlung schaffen. Angehörige von Pflegebedürftigen sollen ebenfalls finanziell entlastet werden.

Auch wollen wir unser Konzept für eine auskömmliche Grundrente politisch durchsetzen. Wer ein Leben lang gearbeitet hat, soll es im Alter gut haben. Leider gibt es noch immer Menschen, die am Ende eines langen Berufslebens aufs Amt müssen. Das müssen wir ändern.

Spannende Debatten werden in der zweiten Jahreshälfte nicht zu kurz kommen: Der Bundestag wird unter anderem über den Haushalt für das Jahr 2020 beraten und über zwei gegenüberstehende Gesetzentwürfe zur Organspende entscheiden. Der eine Entwurf regt an, dass jeder volljährige Deutsche automatisch Organspender wird, soweit

er nicht widerspricht. Dem gegenüber steht die sogenannte Stärkung der Entscheidungsbereitschaft, die zukünftig durch mehr Informationsangebote und eine bessere Datenbank die Spenderzahlen erhöhen will.

Aktuell warten mehr als 9000 Menschen in Deutschland auf eine Organtransplantation. Mir ist es wichtig, dass wir durch eine verstärkte Aufklärung mehr Menschen über die Möglichkeit der Organspende informieren und so die Bereitschaft dazu erhöhen. Zwar stehen laut einer aktuellen Befragung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung rund 84 Prozent der Menschen einer Organ- und Gewebespende eher positiv gegenüber, einen Organspendeausweis besitzen jedoch nur ca. 36 Prozent. Mit der Änderung des Transplantationsgesetzes, das der Deutsche Bundestag dieses Jahr beschlossen hat, konnten wir bereits bessere Bedingungen in den Krankenhäusern erzielen. Nun ist es an uns, die Bereitschaft für die Organspende zu erhöhen und Leben zu retten. Helfen Sie mit!

Das gute an der Politik ist, es wird niemals langweilig. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine weiterhin gute Sommerzeit!

Herzlichst

Mahmut Özdemir MdB



EU im Wandel

Gastbeitrag von Johannes Schraps MdB, Mitglied des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union



Johannes Schraps (Foto: Johannes Schraps)

Demokratie, Frieden und Wohlstand – das sind die drei Versprechen der Europäischen Union. Die Krisen der letzten Jahre haben die EU und ihre Mitgliedsstaaten jedoch vor neue Herausforderungen gestellt. Deshalb gibt es großen Handlungsbedarf: Ein soziales Europa, das den Menschen mehr Teilhabe und Partizipation ermöglicht, ist umso wichtiger. Um Europa nicht rein auf materielle Fragen und auf Wirtschaft und Wettbewerb zu reduzieren ist eine Sozialunion nötiger denn je. Das Miteinander der Staaten muss wieder gestärkt werden. Der solidarische Gedanke ist wichtig. Der Wohlstand jedes einzelnen europäischen Landes ist nur gewährleistet, wenn es Europa insgesamt gut geht. Die EU ist ein Eu-

ropa der Bürgerinnen und Bürger. Dennoch fühlen sich diese manchmal nicht hinreichend repräsentiert von der Europäischen Politik.

Vor etwas mehr als drei Monaten haben die Bürgerinnen und Bürger Europas nun ihr neues Parlament gewählt. Mittlerweile sind die thematischen Zuständigkeiten und Ausschüsse innerhalb der Fraktionen vergeben. Während dieser Prozess nur wenig Aufmerksamkeit fand, stand die Vergabe des Postens der Kommissionspräsidentin umso stärker insbesondere in der bundesdeutschen Öffentlichkeit. Viele Bürgerinnen und Bürger sind von dem Verfahren enttäuscht – stand Ursula von der Leyen doch gar nicht zur Wahl, als im Mai die Stimmen abgegeben wurden. Auch viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind empört. Zu Recht fragen sie nach dem Sinn und Zweck des Spitzenkandidaten-Prinzips, wenn es keine Berücksichtigung findet. Obwohl mit Frans Timmermans, Manfred Weber und Margrethe Vestager qualifizierte Kandidatinnen und Kandidaten von ihren Parteien nominiert waren, wurde letztlich keiner von ihnen ausgewählt, um die Kommission zu führen. Das ist kein gutes

Zeichen für die Demokratie in der EU. Wir als SPD haben vor der Europawahl betont, dass die Europäische Union demokratischer werden muss. Wir brauchen einen politischen Wettbewerb zwischen den Parteien in Europa, nicht zwischen den Mitgliedsländern. Deshalb müssen wir bei den nächsten Europawahlen endlich transnationale Wahllisten haben und die Rückkehr zum Prinzip der europäischen Spitzenkandidaten schaffen, auch wenn dies nach den aktuellen Entwicklungen sicher schwieriger wird.

Ursula von der Leyen ist Präsidentin der Europäischen Kommission geworden, weil der Europäische Rat das Vorschlagsrecht für den Vorsitz der Kommission besitzt und dem Europäischen Parlament eine Kandidatin für das Amt vorgeschlagen hat. Die Verfahren im Rat sind nicht einfach. Immerhin müssen dort 28 Länder einen Kompromiss finden. Bis auf die Enthaltung Deutschlands haben dem Vorschlag alle EU-Staaten zugestimmt. Der Vorschlag war jedoch kein Alleingang des Rates sondern vor allem deshalb möglich, weil sich die Fraktionen im Parlament nicht auf eine oder einen der Spitzenkandidaten einigen konnten.



So wurde dem Europaparlament ein anderer Vorschlag vorgelegt und von der Leyen wurde am 16. Juli im Parlament in Straßburg bestätigt. Dieses Verfahren ist im Einklang mit den EU-Verträgen. Ich würde mir jedoch wünschen, dass die Europäischen Parteien selbstbewusster und mit einer Stimme für ihre Kandidatinnen und Kandidaten eintreten. Das würde das Parlament stärken und mehr demokratische Legitimität mit sich bringen.

Bei aller Kritik möchte ich jedoch auch hervorheben, dass mit Ursula von der Leyen zum ersten Mal in der Geschichte eine Frau an der Spitze der EU-Kommission steht. Das war nach meinem Dafürhalten höchste Zeit. Ursula von der Leyen hat in ihrer Antrittsrede programmatische

Vorschläge gemacht, die uns einem sozialen und solidarischen Europa näher bringen können. Auf ein Klimagesetz, einen europäischen Mindestlohn und eine Arbeitslosenrückversicherung müssen wir sie in den kommenden fünf Jahren nun auch festnageln und sie immer wieder an ihre Ziele erinnern. Sie hat sich zudem dafür ausgesprochen, über Migration und das Dublin-Abkommen zu diskutieren sowie den Spitzenkandidatenprozess (und damit die europäische Demokratie) wieder nachhaltig zu stärken. Bundestag und Regierung sollten sie bei diesen Vorhaben nach aller Kraft unterstützen.

Da die Kommissionspräsidentin gewählt ist, schlagen nun alle anderen Mitgliedstaaten ihre Kandidatinnen und Kandidaten

als Mitglieder der EU-Kommission vor. Jeder Mitgliedstaat erhält einen Kommissionsposten. Im Europäischen Parlament werden im September Anhörungen mit allen Kandidaten stattfinden. Wenn das Parlament die Zustimmung zu diesen Kandidaten bis Ende Oktober erteilt hat, dann kann die neue Kommission ihre Arbeit aufnehmen.

Das alles zeigt: Europa geht nicht immer gerade Wege. Trotzdem gibt es aus meiner Sicht keinen besseren Platz auf der Welt für Freiheit, Demokratie und die Chance auf sozialen Fortschritt. Deshalb ist es wichtig, jede Möglichkeit zu nutzen, um Europa mit vereinten Kräften zu verbessern. Als Sozialdemokraten versuchen wir daran natürlich ganz besonders intensiv mitzuwirken.

Den Konflikt mit dem Iran politisch und diplomatisch lösen



Nils Schmid MdB (Foto: Susie Knoll)

Gastbeitrag von Nils Schmid MdB, Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Um den heutigen Konflikt mit dem Iran verstehen und einordnen zu können, muss man noch einmal zum Ausgangspunkt zurück, an dem sich der Konflikt entzündete. 2002 hatte die Internationale Atomenergieorga-

nisation (IAEO) mehrere signifikante Verstöße Irans gegen Meldepflichten im Rahmen des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) festgestellt. Damit stand der Verdacht im Raum, dass Teheran das Ziel verfolgt,



eigene Atomwaffen zu entwickeln. Der NVV gestattet zwar jedem Land – und damit auch dem Iran – die friedliche Nutzung der Kernenergie, nicht aber die Entwicklung und Produktion von Atomwaffen. In der Folge war es oberstes Ziel der internationalen Gemeinschaft, den Konflikt nicht weiter eskalieren zu lassen und den Iran mit politischen, wirtschaftlichen und diplomatischen Instrumenten daran zu hindern, sein Nuklearprogramm weiter zu entwickeln. Deutschland ergriff hier noch unter der rot-grünen Bundesregierung die Initiative und etablierte gemeinsam mit Frankreich, Großbritannien, Russland, China und den USA das sogenannte E3/EU+3-Format.

Im Juli 2015 erzielten die E3/EU+3 und Iran nach zwölfjährigen Verhandlungen eine detaillierte Einigung, den „Joint Comprehensive Plan of Action“ (JCPoA), die den Weg für eine langfristige Lösung im Konflikt um das iranische Atomprogramm ebnet. Rechtsverbindlich wurde die Vereinbarung durch die Resolution 2231 des VN-Sicherheitsrats, mit der alle VN-Mitglieder aufgefordert wurden, das Abkommen zu unterstützen.

Das Nuklearabkommen verpflichtete den Iran, auf die Entwicklung und Herstellung von Atomwaffen zu verzichten. Im

Gegenzug sagte die internationale Gemeinschaft zu, ihre Sanktionen gegen den Iran abzubauen, um damit dem Land wieder wirtschaftlich auf die Beine zu helfen. Sollte Iran gegen die vereinbarten Regeln verstoßen, würden die Strafmaßnahmen jedoch wieder in Kraft treten.

Die SPD hat die Verhandlungen von Beginn an unterstützt und parlamentarisch begleitet. Die erfolgreiche Unterzeichnung des Atomabkommens war letztendlich auch das Resultat des unermüdlichen Engagements des damaligen Bundesaußenministers Frank-Walter Steinmeier, der sich immer für den Dialog und eine friedliche Lösung des Konfliktes eingesetzt hat.

Dennoch hat US-Präsident Trump den Vertrag im Jahr 2018 einseitig aufgekündigt. Zum einen wirft er dem Iran vor, nicht wirklich Abstand von seinen Nuklearambitionen genommen zu haben – obwohl die IAEA bis dahin keinen einzigen Verstoß Irans gegen das Abkommen registrieren konnte – zum anderen erzeugt Irans aggressive Außenpolitik und der Versuch, im Nahen und Mittleren Osten seine Vormachtstellung auszubauen, berechtigte Sorgen. Die Unterstützung terroristischer Gruppen und des Assad-Regimes in Syrien sowie das weit fortgeschrittene ballistische Raketenprogramm werden auch

von der EU scharf kritisiert, sind jedoch nicht Gegenstand des JCPoA.

Gleichwohl sind mit Ausnahme der USA alle übrigen Unterzeichner des JCPoA davon überzeugt, dass es trotz der ambivalenten Rolle des Irans im Nahen und Mittleren Osten sinnvoll ist, am Abkommen festzuhalten, nicht zuletzt deshalb, um damit die nuklearen Ambitionen des Iran besser kontrollieren zu können.

Deshalb bemühen sich die verbleibenden Teilnehmer am JCPoA nach dem Ausstieg der USA darum, den Handel mit dem Iran aufrechterhalten zu können, damit das Land sich auch künftig wirtschaftlich entwickeln kann. Zu diesem Zweck wurde die Zweckgesellschaft INSTEX gegründet, über die europäischen Unternehmen trotz strenger US-Sanktionen Geschäfte mit dem Iran ermöglichen werden sollen.

Dennoch ist nicht zu übersehen, dass die wieder in Kraft getretenen US-Sanktionen einen weitreichenden Effekt auf die iranische Wirtschaft haben, da nicht nur US-Firmen davon betroffen sind, sondern auch ausländische Unternehmen, die Geschäfte sowohl im Iran als auch in den USA betreiben. Unternehmen und Banken, die Geschäfte mit dem Iran abwickeln, drohen empfindliche Strafen



bzw. der komplette Ausschluss von Handelsbeziehungen mit den USA.

Seit einigen Wochen mehren sich die Anzeichen einer Eskalation des Konfliktes, der die Stabilität der gesamten Region bedroht. Am 20. Juni führte der Abschuss einer US-Drohne zu einer weiteren Eskalation. Ein eingeleiteter US-Militärgegenschlag gegen den Iran wurde vom amerikanischen Präsidenten erst in letzter Minute gestoppt.

Seit Ende Juni 2019 verstößt Iran mittlerweile selbst gegen Abmachungen aus dem Atomdeal. Zuletzt haben die Staats- und Regierungschefs Frankreichs, Großbritanniens und

Deutschlands am 14. Juli ihre Besorgnis über die Entscheidung Irans zum Ausdruck gebracht, über die erlaubten Grenzwerte hinaus Uran anzureichern und mengenmäßig zu lagern. Zugleich appellierten sie an alle Beteiligten, verantwortungsvoll zu handeln und nach einem Weg zu suchen, der Eskalation der Spannungen ein Ende zu setzen und den Dialog wieder aufzunehmen.

Noch besteht eine Chance für eine diplomatische Lösung. Aber das Fenster schließt sich von Tag zu Tag immer mehr. Für uns Sozialdemokraten ist klar: Ein Krieg der Worte, martialisches Gesten oder gar Gewaltandrohungen lösen keine Kon-

flikte, sondern befeuern eine gefährliche Eskalation, die die Stabilität der gesamten Region bedroht.

Für uns steht fest, dass es keine deutsche Beteiligung an einer gegen den Iran gerichteten Militärintervention geben wird! Stattdessen setzt sich Bundesaußenminister Heiko Maas gemeinsam mit seinen europäischen Kolleginnen und Kollegen für Deeskalation und Dialog ein.

Nur durch Diplomatie, kluge Politik und der Umsetzung und Kontrolle von getroffenen Vereinbarungen wird es gelingen, eine langfristige Lösung zur Stabilisierung der gesamten Region zu erreichen.

Neu im Büro

von Tobias Thimm, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Berliner Abgeordnetenbüro von Mahmut Özdemir



Tobias Thimm, Mitarbeiter im Bundestagsbüro

1. Tobias Thimm, stell dich doch mal kurz vor:

Gebürtiger Brandenburger, 30 Jahre alt, aus dem Speckgürtel von Berlin. Seit nunmehr knapp 10 Jahre im Berliner Stadtteil „Wedding“ beheimatet. Ich selbst sehe mich als lebensfrohen und humorvollen Menschen, der sich gerne auf die po-

sitiven Dinge im Leben konzentriert und möglichst viel von der Welt sehen und erleben will.

2. Was hat dich in das Bundestagsbüro von Mahmut Özdemir gebracht?

Um etwas länger auszuholen fing alles mit meinem Eintritt in die SPD am Abend der Bundes-



tagswahl 2009 und meinem ersten parteilichen Engagement unmittelbar nach dem Abitur im Rahmen eines Schülerpraktikums an. Daraufhin führte mich mein Weg zum Studium der Politik und Verwaltungswissenschaften an die Universität Potsdam. Den Bachelor absolvierte ich im Jahre 2014 und der Master of Arts im Studienfach „Verwaltungswissenschaften“ folgte im Mai 2017.

Von 2009 bis heute habe ich mich stets in ehrenamtlichen Funktionen in der SPD engagiert. Anfangs in der SPD Brandenburg und seit 2013 im Berliner Bezirk Neukölln. Hier hatte ich die Möglichkeit von 2012-2013 für ein Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin zu arbeiten und 2013 die SPD als Wahlkampfbüroleiter in die Bundestagswahlen zu führen. Dort gewannen wir mit unserem Kandidaten Dr. Fritz Felgentreu das Direktmandat von der CDU zurück, wodurch ich seit der Wahl als studentischer Mitarbeiter für Fritz Felgentreu arbeitete und dort nach meinem Master ein weiteres Jahr als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig war.

Nach einem kurzen Abstecher in die Privatwirtschaft folgte der Wunsch nach einem politiknäheren Job und die Rückkehr in den Bundestag und in das Team von Mahmut war die logische Folge. Der Fakt, dass die Büros von Fritz und Mahmut nebeneinander und beide Mitglied des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz in Berlin vom 19. Dezember 2016 sind, hat meine Chancen sicherlich nicht geschmälert – im Gegenteil! Jetzt übernehme ich im Büro von Mahmut unter anderem die inhaltliche Arbeit in seinen drei Ausschüssen, koordiniere die Sitzungswoche und den Terminkalender und unterstütze ihn bei seinen Social-Media Auftritten.

3. Was beschäftigt dich abseits der Politik?

Das sind ganz verschiedene Dinge: Neben dem Interesse neue Dinge zu entdecken und zu erleben, beschäftige ich mich sehr gerne mit Sport – im besonderen Sinne mit Fußball – Reise sehr gerne und unternehme viel mit Freundinnen und Freunden.

Die Aktivitäten gehen hier über gemeinsame Kurztrips, vom Besuch von Konzerten und Festivals, Kanufahrten im Spreewald bis hin über das Rätseln in sogenannten „Escapes Games“ und den Genuss von leckeren Speisen aus der ganzen Welt oder auch verschiedensten Bier- und Ginsorten. Aber auch entspannte Netflixabende auf der Couch möchte ich nicht missen.

4. Kurz und knackig:

- Kaffee oder Tee?** Kaffee
- Katze oder Hund?** Katze
- Nutella mit oder ohne Butter?** Mit Butter
- Nordsee oder Alpen?** Ostsee
- Früher Vogel oder Nachteule?** Nachteule
- Sprung vom 10-Meter-Brett oder "Herr der Ringe"-Filmmarathon?** Erst „Herr der Ringe“ Filmmarathon und dann der Sprung vom 10-Meter-Brett ins kalte Wasser, um wieder lebendig zu werden.
- Weltreise oder All-Inclusive Urlaub?** Weltreise



Meine Zeit im Deutschen Bundestag

von Cathrin Ehren, Schülerin aus Duisburg



Cathrin Ehren und Mahmut Özdemir

Als Duisburgerin habe ich mich im Rahmen meines Schülerpraktikums am Ende der zehnten Klasse dazu entschieden, mein Praktikum im Bundestagsbüro von Mahmut Özdemir zu machen. Ich interessiere mich für Politik und wollte wissen, wie der Alltag eines Bundestagsabgeordneten aussieht.

An meinem ersten Praktikums- tag habe ich mich an der Pforte angemeldet und wurde dann von den Mitarbeitern abgeholt und freundlich begrüßt. Danach habe ich meinen Hausausweis bekommen. Mit diesem Ausweis hat man Zugang zu allen Bundestags Gebäuden. Zuerst haben wir in einer Team-Runde den Terminplan für die kommende Woche besprochen. Ich war überrascht, wie unregelmäßig die Arbeitszeiten eines Bundestagsabgeordneten sind und wie viele unterschiedliche Termine anstehen. Danach bin ich mit zu der SPD Arbeitsgruppe

(AG) des Untersuchungsausschusses und zu einer öffentlichen Anhörung im Paul-Löbe-Haus gegangen. Insgesamt hatte ich einen sehr ereignisreichen ersten Tag.

Am Dienstag war ich bei der SPD-AG des Innen- und des Sportausschusses. Danach bin ich zurück ins Büro gegangen und habe mit der Post geholfen und mich auf meine anstehenden Gespräche mit Politikern im Rahmen des SPD-Praktikantenprogrammes vorbereitet.

Am Mittwoch war ich bei einer Sitzung des Innenausschusses. Es war sehr viel Presse vor Ort, da es vorher noch eine eingeschobene Sondersitzung zum Mordfall des Regierungspräsidenten Walter Lübcke gab. Die Sitzung war sehr interessant, da es um Rechtsterrorismus ging, leider ein sehr aktuelles Thema.

Am Donnerstag hatte ich zusammen mit anderen Praktikanten der SPD-Fraktion ein Gespräch mit Karl Lauterbach MdB über die Bürgerversicherung. Wir hatten die Möglichkeit, Fragen zu stellen und ich habe viel Neues gelernt. Danach war ich beim Untersuchungsausschuss zum Terroranschlag am Breitscheidplatz. Es wurden mehrere Zeugen vernommen und jede Fraktion konnte Fragen stellen.

Freitags folgte ein weiteres Politikergespräch organisiert durch das SPD-Praktikantenprogramm. Diesmal war es mit der Abgeordneten Claudia Moll und es ging um den Pflegenotstand. Durch ihren früheren Beruf als Pflegerin hatte sie sehr viel Fachwissen aus erster Hand. Danach habe ich die 108. Sitzung des Bundestages besucht, bei der Mahmut Özdemir eine Rede über Klimapolitik gehalten hat.

Obwohl meine zweite Woche keine Sitzungswoche mehr war, war mir nie langweilig. Es gab immer etwas im Büro zu tun und auch das SPD-Praktikantenprogramm hat noch weitere Veranstaltungen organisiert, wie z.B. eine Führung durch den Bundesrat und das Willy-Brandt-Haus und den Besuch einer Bundespressekonferenz. Es war eine gute Möglichkeit, mit anderen Praktikanten in Kontakt zu kommen und sich auszutauschen. Zudem hatte ich durch mein Praktikum die Möglichkeit, Karten für Maybrit Illner zu bekommen.

Insgesamt hat mir mein Praktikum einen guten Einblick sowohl in die Arbeit eines Abgeordneten als auch in die Arbeit eines Mitarbeiters gegeben und ich habe viel dazu gelernt. Ich



würde jedem an Politik interessierten Schüler ein Praktikum im Bundestag empfehlen. Ich hatte eine tolle Zeit in Berlin und

werde sie so schnell nicht vergessen.

Mein Praktikum im Wahlkreisbüro

Interview mit Moritz Prell, Schüler aus Duisburg



Moritz Prell, Schüler aus Duisburg

1. Wer ist eigentlich Moritz Prell?

Mein Name ist Moritz Prell und ich bin 16 Jahre alt. Ich bin in Duisburg geboren und habe mein gesamtes bisheriges Leben in Duissern gewohnt (mit Ausnahme meines Auslandsjahres). Ich bin Schüler am Landfermann-Gymnasium, wo ich nach den Sommerferien in Stufe 11 einsteige. Freunde und Familie sind mir sehr wichtig und ich verbringe sehr gerne Zeit mit ihnen. Ein weiterer großer Bestandteil meines Lebens ist Borussia Mönchengladbach, wo

ich seit meinem vierten Lebensjahr Mitglied bin und oft mit meinem Vater ins Stadion gehe. Darüber hinaus interessiere ich mich auch für Football und Basketball.

2. Was hat dich dazu bewegt, ein Praktikum bei Mahmut Özdemir zu machen?

Obwohl ich nicht direkt plane, einen politischen Karriereweg einzuschlagen, interessiere ich mich im Allgemeinen für Politik. Dieses Interesse wurde durch mein Auslandsjahr in den USA, das ich über das Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP) vom Deutschen Bundestag und dem amerikanischen Kongress wahrnehmen konnte, verstärkt. Da ich Herrn Özdemir durch jenes PPP-Auswahlverfahren kannte, dachte ich mir, dass dies die perfekte Möglichkeit ist, um mehr über den Arbeitsalltag eines Politikers zu erfahren.

3. Wenn du nicht die Schulbank drückst, machst du am liebsten ...?

Ich liebe es zu reisen. Mit meiner Familie, Freunden oder auch alleine verreise ich daher in so gut wie jeden Ferien und manchmal auch zwischendurch an Wochenenden. Wenn ich zu Hause bin, genieße ich es, Zeit mit Freunden zu verbringen oder auch Serien zu gucken. In meinem Auslandsjahr habe ich Football und Basketball gespielt, in Deutschland war das für mich bisher nicht organisierbar. Allerdings bin ich ein begeisterter Sporttaucher und Mitglied eines Tauchsportclubs.

4. Was planst du für deine Zukunft?

Nach dem Abitur habe ich vor, Jura zu studieren, um als Anwalt zu arbeiten. Später in meinem Leben habe ich den Wunsch, Botschafter zu werden, allerdings hat das noch ein bisschen



Zeit. So oder so möchte ich auf jeden Fall zurück ins Ausland. Ob das während dem Studium oder erst danach passiert, weiß ich noch nicht und hängt teilweise davon ab, ob ich Stipendien für Universitäten, zum Beispiel in Amerika, erhalte.

5. Feuer frei:

MSV Duisburg oder Borussia Mönchengladbach? Auf jeden Fall Borussia Mönchengladbach. Ich freue mich natürlich,

wenn der MSV gewinnt – immerhin ist Duisburg meine Heimatstadt. Aber Borussia war schon immer ein großer Bestandteil unseres Familienalltags. Schon meine Großeltern waren leidenschaftliche Gladbach-Fans. Da kommt der MSV für mich einfach nicht dran.

Pizza oder Pasta? Ich würde sagen Pasta, weil es da mehr Abwechslung gibt.

Hund oder Katze? Auf jeden Fall Hund, ich mag Katzen nicht besonders.

Strandurlaub oder Skifreizeit? Skifahren macht zwar echt Spaß, aber ich würde mich dann doch eher für den Strand entscheiden.

Singen oder tanzen? Keins von beidem, ich kann beides nicht.

Nachteule oder früher Vogel? Ich hasse es, früh aufzustehen also eher „Nachteule“.

Übersicht: Treffen mit Interessenvertretern

Als Bundestagsabgeordneter nimmt Mahmut Özdemir, MdB Treffen mit den verschiedensten Interessenvertretern wahr. In Fachgesprächen wird hierbei eventueller politischer Handlungsbedarf erörtert. Gute Kontakte zu den am jeweiligen Fachbereich des Abgeordneten beteiligten Interessengruppen sind eine wichtige Arbeitsgrundlage. Allerdings muss diese Zusammenarbeit immer im Dienste des Mandats – für die und zugunsten der Bevölkerung – stehen. In diesem Sinne hat Mahmut Özdemir versprochen, alle seine Gespräche mit Interessenvertretern öffentlich zu dokumentieren.

17. Juni 2019	Klaus Maas, Gesellschafter/CEO Unternehmensgruppe Maas, und Thomas Kuchejda, Kaufmännischer Leiter Unternehmensgruppe Maas
01. Juli 2019	Kai Mann, Eigentümer ehm. Kaufhaus Nünninghoff
02. Juli 2019	Kevin Daniels, Marktleitung EDEKA-Baerl
29. Juli 2019	Heinz-Günter Bartmann, Geschäftsführer des Förderverein St. Laurentius e.V.



Namentliche Abstimmungen

Die Teilnahme an Namentlichen Abstimmungen gehört für alle Bundestagsabgeordneten zum Alltag einer Sitzungswoche. Hier können Sie nachlesen, wie Ihr MdB im Einzelnen abgestimmt hat.

16.05.2019	Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (26. BA-FöGÄndG) (Änderungsantrag Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke)	Nein
	<p>Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung: Entwurf eines Sechszwanzigsten Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (26. BAFöGÄndG)</p> <p>- Drucksachen 19/8749, 19/10249 und 19/10257 -</p>	
16.05.2019	Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (26. BA-FöGÄndG) (Änderungsantrag Bündnis 90/Die Grünen)	Nein
	<p>Änderungsantrag der Abgeordneten Kai Gehring, Dr. Anna Christmann, Margit Stumpp, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung: Entwurf eines Sechszwanzigsten Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (26. BAFöGÄndG)</p> <p>- Drucksachen 19/8749, 18/10249 und 19/10255 -</p>	
16.05.2019	Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (26. BA-FöGÄndG) (Gesetzentwurf der Bundesregierung)	Ja
	<p>Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Sechszwanzigsten Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (26. BAFöGÄndG)</p> <p>- Drucksachen 19/8749 und 19/10249 -</p>	
17.05.2019	BDS-Bewegung verurteilen - Existenz des Staates Israel schützen	Nein
	<p>Antrag der Abgeordneten Jürgen Braun, Beatrix von Storch, Dr. Anton Friesen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD: BDS-Bewegung verurteilen - Existenz des Staates Israel schützen</p> <p>- Drucksache 19/9757 -</p>	



06.06.2019	Bekämpfung illegaler Beschäftigung	Gesetzentwurf der Bundesregierung gegen illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmisbrauch - Drucksachen 19/8691, 19/9768 und 19/10683 -	Ja
06.06.2019	Erreichung der Klimaziele	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit zu dem Antrag der Fraktion der FDP Klimaziele verantwortungsbewusst erreichen - Drucksachen 19/821 und 19/10031 -	Ja
07.06.2019	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht	Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht - Drucksachen 19/10047, 19/10506 und 19/10706 -	Ja
07.06.2019	Entwurf eines Fachkräfteeinwanderungsgesetzes	Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Fachkräfteeinwanderungsgesetzes - Drucksachen 19/8285 und 19/10714 -	Ja
07.06.2019	Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes	Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes - Drucksachen 19/10052, 19/10522 und 19/10693 -	Ja
28.06.2019	Bundeswehreininsatz in Kosovo (KFOR)	Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung: Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz in Kosovo (KFOR) - Drucksachen 19/10421 und 19/11182 -	Ja
28.06.2019	Bundeswehreininsatz in Libanon (UNIFIL)	Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung: Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der "United Nations Interim Force in Lebanon" (UNFIL) - Drucksachen 19//9956 und 19/10722 -	Ja

**28.06.2019****Gesetzentwurf Bündnis 90/Die Grünen: Kohlekraftwerk-Sofortmaßnahme-Gesetz**

Gesetzentwurf Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Beendigung des Betriebs von Kohlekraftwerken zur Stromerzeugung (Kohlekraftwerk-Sofortmaßnahme-Gesetz)

- Drucksachen 19/9920 und 19/11174 -

Nein**28.06.2019****Antrag Die Linke: Klimanotstand anerkennen**

Antrag der Fraktion DIE LINKE.: Klimanotstand anerkennen - Klimaschutz-Sofortmaßnahmen verabschieden, Strukturwandel sozial gerecht umsetzen

- Drucksache 19/10290 -

Nein

Pressemitteilungen

Mahmut Özdemir informiert die Bürgerinnen und Bürger über seine politische Arbeit unter anderem durch die Veröffentlichungen von Pressemitteilungen. Nachfolgend finden Sie die herausgegebenen Pressemitteilungen der vergangenen Monate in chronologischer Ordnung.

Juniorwahl: Europa macht Schule in Duisburg

Duisburg, 17.05.19 – Am Sonntag, den 26. Mai 2019 findet die Wahl des Europäischen Parlaments in Deutschland statt. Jugendliche unter 18 Jahren können ihre Stimme bei diesen Wahlen noch nicht abgeben. Um sie trotzdem für den demokratischen Prozess zu begeistern, wurde die Juniorwahl ins Leben gerufen. Der Europaabgeordnete Jens Geier und der Bundestagsabgeordnete Mahmut Özdemir unterstützen mit einer Spende die Teilnahme des Duisburger Franz-Haniel-

Gymnasiums an der Wahlsimulation.

„Demokratie lernen, verstehen und leben beginnt nicht erst im Erwachsenenalter. Bereits in der Schule und im Alltag ist eine Auseinandersetzung mit den Parteien, dem politischen System und dem Wahlrecht auf europäischer Ebene von großer Bedeutung, wenn es um die langfristige Akzeptanz und Wertschätzung der Europäischen Union geht“, erklärt Jens Geier MdEP, SPD-Spitzenkan-

didat zur Europawahl für Nordrhein-Westfalen und Schirmherr der Juniorwahl am Duisburger Gymnasium. „Daher habe ich keine Sekunde gezögert, das Projekt gemeinsam mit Mahmut Özdemir persönlich zu unterstützen.“

Auch der SPD-Bundestagsabgeordnete für den Duisburger Norden und Nordwesten, Mahmut Özdemir, unterstreicht die Vorteile der Aktion: „Tagespolitik im Unterricht zu diskutieren und eine Wahlsimulation durchzuführen, schafft Interesse



und Begeisterung der Jugendlichen für das politische Geschehen. Die Juniorwahl lehrt den Schülerinnen und Schülern, dass es wichtig ist, sich zu informieren und politisch zu bilden.

Dies ist gerade in Zeiten, in denen Parteien am rechten Rand des politischen Spektrums in ganz Europa Aufwind erleben, besonders wichtig für unsere Demokratie.“

Die Juniorwahl findet seit dem Jahr 2000 analog zu verschiedenen Parlamentswahlen in Deutschland statt. Nähere Informationen finden Sie unter: www.juniorwahl.de.

Strukturhilfen für die Steinkohleregionen: Erfolgreicher Einsatz für Duisburg

Duisburg, 23.05.19 – „Der Einsatz der 16 SPD-Bundestagsabgeordneten aus dem Ruhrgebiet hat sich gelohnt: Bis zu 1 Milliarde Euro Unterstützung werden für den Strukturwandel der Steinkohlestandorte bereitgestellt. Duisburg wird davon profitieren“, freuen sich die Duisburger SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir über die gestern vom Kabinett beschlossenen Eckpunkte zum „Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen“.

„Das ist ein wichtiger Schritt, für den wir uns stark engagiert haben. Der Kohleausstieg betrifft auch unsere Steinkohlekraftwerke. Es ist notwendig, dass das Ruhrgebiet einen fairen Anteil an den Strukturhilfen erhält“, fordert Bärbel Bas. Ihr Kollege Mahmut Özdemir ergänzt: „Die Länder waren verantwortlich, ihre Projekte anzumelden. Dies hat Armin Laschet nicht genutzt.

Daher wurde im ersten Entwurf der Eckpunkte zum Strukturstärkungsgesetz das Ruhrgebiet dann auch auf ein Abstellgleis geschoben. Wir haben es von dort zurückgeholt, mit den Eckpunkten sind wir wieder auf Kurs. Ein Erfolg für unsere Region, den die SPD-Ruhrgebietsabgeordneten mit Unterstützung der SPD-Ministerien erzielt haben.“

Die Duisburger Abgeordneten fordern von der Landesregierung jetzt umfassende Initiativen zur Unterstützung des Strukturwandels. „Die Kraftwerksareale im Ruhrgebiet sind große, zusammenhängende Industriestandorte inmitten dicht besiedelter Räume mit bester infrastruktureller Anbindung, Hochspannungsanschluss und Wasserversorgung. Diese Flächen werden bei nachhaltiger Flächenentwicklung zukünftig immer wichtiger. Wir dürfen keine

Brachen entstehen lassen, sondern müssen diese Industriestandorte für Unternehmen mit guten Arbeitsplätzen und als Energiestandorte weiterentwickeln“, erklärt Bärbel Bas und fordert dazu konkrete Unterstützung von Ministerpräsident Armin Laschet.

Auf Grundlage dieser Eckpunkte beginnt in der Bundesregierung die Arbeit am konkreten Gesetzentwurf, im Anschluss folgt das parlamentarische Verfahren. „Für uns als SPD-Bundestagsabgeordneten aus dem Ruhrgebiet ist klar: Wir bleiben hartnäckig dran“, verspricht Mahmut Özdemir. „Die Kraftwerks-Beschäftigten mit ihren Familien und die Menschen in den Regionen brauchen Solidarität, Planungssicherheit und Perspektiven.“



Mit dem Deutschen Bundestag ein Jahr in die USA!

Duisburg, 29.05.19 – Auch in diesem Jahr geht das Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP) 2020/2021 des Deutschen Bundestages und des Amerikanischen Kongresses in die nächste Runde. Bereits zum 37. Mal können sich Schülerinnen und Schüler sowie junge Berufstätige für ein Austauschjahr in den USA bewerben. Die Duisburger SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir rufen gemeinsam zum Mitmachen auf.

„Für viele junge Menschen ist es ein Traum, ein Auslandsjahr in einer US-amerikanischen Gastfamilie zu verbringen und wertvolle Auslandserfahrungen zu sammeln. Mit dem Programm des Deutschen Bundestages können wir jungen Duisburgern diese tolle Erfahrung ermöglichen“, so Mahmut Özdemir. „Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vertreten als Botschafterinnen und Botschafter symbolisch unsere Stadt Duisburg in den USA. Neben der schulischen oder beruflichen Auslandserfahrung steht aber auch der Spaß am kulturellen deutsch-amerikanischen Austausch im Vordergrund“, ergänzt Bärbel Bas. „Wir

möchten daher alle Interessierten aufrufen, sich ab sofort und noch bis zum 13. September 2019 für das Parlamentarische Patenschafts-Programm zu bewerben. Viel Erfolg!“

Die PPP-Vollstipendien umfassen die Reise- und Programmkosten sowie die Versicherungskosten. Die Stipendiatinnen und Stipendiaten leben in Gastfamilien und erleben so die US-Kultur aus erster Hand. Schülerinnen und Schüler besuchen eine High School, Berufstätige gehen auf das College und machen anschließend ein Praktikum. Die Bundestagsabgeordneten engagieren sich als Paten für die jungen Menschen in den USA. Weitere Informationen und Bewerbungsunterlagen können in den Wahlkreisbüros von Bärbel Bas und Mahmut Özdemir angefordert oder unter www.bundestag.de/ppp eingesehen werden.

AFS sucht ehrenamtliche Gastfamilien

Im September 2019 kommen rund 300 Schülerinnen und Schüler aus über 40 Ländern nach Deutschland, um das Land und die Kultur kennenzulernen.

Während ihres Austauschjahres wollen sie ihr Deutsch verbessern und die eigene Heimatkultur ihrer Gastfamilie und neuen Freundinnen und Freunden näher bringen. Die gemeinnützige Austauschorganisation AFS Interkulturelle Begegnungen e.V. sucht für diese Zeit nach ehrenamtlichen Gastfamilien. Familien aus Duisburg können ab September für einen Zeitraum ab sechs Wochen bis zu einem ganzen Schuljahr ein Gastkind aufnehmen und so die Welt zu sich nach Hause holen.

„Familien aus der Region, die eine Austauschschülerin oder einen Austauschschüler aufnehmen, bereichern nicht nur ihren eigenen Alltag. Sie haben auch die einmalige Chance, internationalen Jugendlichen Duisburg, das Ruhrgebiet und unser Land näher zu bringen“, schätzen Bärbel Bas und Mahmut Özdemir das AFS-Gastfamilienprogramm ein. Weitere Informationen sind unter www.afs.de/gastfamilie zu finden. Interessierte können sich auch gerne persönlich an die Austauschorganisation unter der Telefonnummer 040 399222-90 oder per E-Mail an gastfamilie@afs.de wenden.



Duisburger MdBs Bärbel Bas und Mahmut Özdemir – Für starke Familien und gegen Kinderarmut!

Berlin, 02.07.19 – Seit dem 1. Juli treten mit dem Starke-Familien-Gesetz und dem Familienentlastungsgesetz wichtige Verbesserungen für Familien in Kraft: mehr Kindergeld, mehr Kinderzuschlag, mehr Leistungen für Alleinerziehende und Verbesserungen beim Bildungs- und Teilhabepaket.

Auch im reichen Deutschland leben viele Kinder in Familien, in denen das Geld knapp ist – obwohl ihre Eltern arbeiten. „Alle Kinder haben jedoch ein Recht darauf, unbeschwert aufzuwachsen. Sie sollen einen guten Start ins Leben haben. Seit dem 1. Juli 2019 erhöhen wir deswegen die existenzsichernden Leistungen für Kinder. Das Kindergeld steigt um 10 Euro und der Höchstbetrag des Kinderzuschlags um 15 Euro im Monat. Darauf wollen wir unser Konzept für eine gerechte sozialdemokratische Kindergrundsicherung aufbauen“, so die Duisburger SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir.

Mit dem Starke-Familien-Gesetz wird der Kinderzuschlag für die Familien ausgebaut, die trotz Arbeit nur wenig Geld zur Verfügung haben: In Zukunft

wird er automatisch an das neue Existenzminimum angepasst. Bislang entfiel der Kinderzuschlag ab einer bestimmten Einkommensgrenze abrupt. Das wird ab 1. Januar 2020 anders: Dann nimmt der Kinderzuschlag mit steigendem Einkommen langsam ab. „Mit dieser neuen Regelung sorgen wir dafür, dass sich Mehrarbeit auch für Eltern mit kleinem Geldbeutel lohnt und damit für mehr Gerechtigkeit sorgt“, äußert sich Bärbel Bas MdB.

Ein besonders hohes Armutsrisiko besteht nach wie vor für Alleinerziehende, und das, obwohl sie oft die komplette elterliche Verantwortung tragen. Auch ihnen stärken wir mit unserem Gesetz den Rücken. So werden Unterhaltsvorschuss und Unterhaltszahlungen für das Kind in Zukunft nicht mehr zu 100 Prozent, sondern nur noch zu 45 Prozent auf den Kinderzuschlag angerechnet.

Für all jene Familien, die ab 1. August den Kinderzuschlag beziehen, entfallen zudem die Kita-Gebühren. „Diese Eltern sparen so jeden Monat viel Geld und können sich erst dadurch einen Kita- oder Tagesmutter-

Platz leisten und Beruf und Familie besser unter einen Hut bringen“, so Mahmut Özdemir MdB.

Außerdem gibt es ab 1. August für bedürftige Familien mehr Geld am Anfang des Schuljahres für Schulumensilien wie Stifte, Hefte und Schulranzen aus dem sogenannten Bildungs- und Teilhabepaket. Die Fahrten zur Schule und das Mittagessen in Schulen und Kitas werden kostenlos, da der Eigenanteil entfällt. Durch die frühere Übernahmen von Kosten für den Nachhilfeunterricht wird einmal mehr die Chancengleichheit für Kinder gestärkt: „Mit den Verbesserungen im Bildungs- und Teilhabepaket schaffen wir mehr Chancen für Kinder in Familien, die Leistungen der Grundsicherung, Kinderzuschlag oder Wohngeld beziehen“, unterstreichen beide Abgeordnete.

Familien erfahren im Starke-Familien-Scheckheft, wo man sämtliche Leistungen beantragen kann, welche Unterlagen benötigt werden und auf welchen Internetseiten weiterführende Informationen zu finden



sind. Das neue Heft kann kostenlos auf www.bmfsfj.de bestellt werden.

Mehr Wohngeld – Mehr Gerechtigkeit

Berlin, 04.07.19 – Am letzten Sitzungstag vor der Sommerpause (28.06.19) wurde das Wohngeldstärkungsgesetz in den Deutschen Bundestag eingebracht. Durchschnittlich würde sich das Wohngeld um ca. 30 Prozent erhöhen, wovon besonders Menschen mit geringem Einkommen, auch in Duisburg, profitieren würden. Im Herbst soll das Gesetz abschließend beraten werden, um im Januar 2020 in Kraft zu treten.

Ab 2020 sollen dadurch rund 660.000 Menschen in Deutschland mehr Wohngeld erhalten. Das Wohngeld wird dann alle zwei Jahre automatisch an die Miet- und Einkommensentwicklung angepasst. Der Duisburger SPD-Bundestagsabgeordnete Mahmut Özdemir hält dies für einen echten sozialpolitischen Fortschritt:

„Wir brauchen mehr bezahlbaren Wohnraum. Dafür ist ein Zusammenspiel aus mehr Investitionen, sozialem Wohnungsbau, Änderungen im Mietrecht und in der Sozialpolitik zwingend notwendig. Mit dem geplanten Wohngeldstärkungsgesetz gehen wir hierbei den ersten wichtigen Schritt.“

Im Koalitionsvertrag hat sich die SPD erfolgreich für den Ausbau und die Verbesserung des Wohngeldes eingesetzt. „Ich sehe es als meine Verantwortung an, Duisburgerinnen und Duisburger zu unterstützen, für die die monatliche Miete eine Herausforderung darstellt. Deshalb haben wir die Dynamisierung, die Erhöhung des Leistungsniveaus und eine neue Mietstufe VII in den Gesetzesentwurf eingebracht“, so

Mahmut Özdemir weiter. Die neue Mietstufe soll der starken Differenz des Mietniveaus innerhalb Deutschlands Rechnung tragen. Kreise und Gemeinden mit einer Abweichung des Mietniveaus von mindestens 35 Prozent gegenüber dem bundesweiten Durchschnitt würden folglich Mietstufe VII erhalten.

Im parlamentarischen Verfahren setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion außerdem für eine Klimakomponente im Wohngeld ein. Damit soll der Zugang zu Wohnungen mit höherem energetischem Standard für einkommensschwächere Haushalte unterstützt werden.



Özdemir on Tour

Eindrücke aus den Terminen des Bundestagsabgeordneten Mahmut Özdemir



31.05.2019

Das magische Dreieck des FC Bundestag:
Mahmut Özdemir MdB mit Johannes Fechner MdB (r.)
und Michael Schrodi MdB (l.)



04.06.2019

Spargelfahrt des Seeheimer Kreises mit bekann-
ten Gesichtern aus Duisburg



09.06.2019

Mahmut Özdemir MdB unterwegs mit Bezirksbür-
germeisterin Elvira Ulitzka zum Tag der offenen
Gärten in Duissem



10.06.2019

Zum Ehrenschiuss bei der St. Hubertus Schützen-
bruderschaft in Großenbaum



13.06.2019

Gut besuchtes Thekengespräch der SPD Duisburg in Homberg



18.06.2019

SPD-Drachenboot-Paddeln im Duisburger Innenhafen



03.07.2019

EDEKA-Besuch in Baerl und 700,-€ Spende der Kassenaktion an den Förderverein der ev. Kita Schulstraße



09.07.2019

Parteitag der SPD Duisburg mit Thomas Kutschaty, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion in NRW